RheinlandPfalz
MINISTERIUM FÜR BILDUNG

Ministerium für Bildung | Postfach 32 20 | 55022 Mainz

DIE MINISTERIN

Mittlere Bleiche 61
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-41 10
ministerinbuero@bm.rlp.de
www.bm.rlp.de

Vorsitzender des Ausschusses
für Bildung
Herrn Guido Ernst, MdL
Landtag Rheinland-Pfalz
Platz der Mainzer Republik 1
55116 Mainz

LANDTAG
Rheinland-Pfalz
17/4932
VORLAGE

5. Juni 2019

Mein Aktenzeichen	Ihr Schreiben vom	Ansprechpartner/-in / E-Mail	Telefon / Fax
9214		Herr Bleicher Marc-Antonin.Bleicher@bm.rlp.de	06131 16 2855 06131 16 172855

27. Sitzung des Ausschusses für Bildung am 23. Mai 2019
TOP 7: Umfrage des VBE zur Berufsunzufriedenheit von Schulleitungen
Antrag der Fraktion der AfD nach § 76 Abs. 2 GOLT
- Vorlage 17/4656 -

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

der Tagesordnungspunkt „Umfrage des VBE zur Berufsunzufriedenheit von Schulleitungen" wurde in der Sitzung des Ausschusses für Bildung am 23. Mai 2019 mit Maßgabe der schriftlichen Berichterstattung durch die Landesregierung für erledigt erklärt. Daher berichte ich wie folgt:

In der forsa-Befragung geht es nicht um die Berufsunzufriedenheit von Schulleitungen sondern vielmehr – so auch deren Titel – um die Berufszufriedenheit von Schulleitungen. Die Kernaussage der Studie ist, dass 95 % der befragten Schulleitungen in Rheinland-Pfalz ihren Beruf sehr gerne bzw. eher gerne ausüben. Dieses Ergebnis ist sehr erfreulich und gibt auch den Eindruck wieder, den ich in Gesprächen mit den Schulleitungen in der Vergangenheit gewonnen habe. Ebenso positiv sind viele andere Teilergebnisse der Befragung, beispielsweise bei der Frage nach der Erfüllung der beruflichen Aufgaben zur eigenen Zufriedenheit; dies gelingt 83 % der Befragten immer bzw. häufig. Weiterhin würden 70 % der Schulleiterinnen und Schulleiter den Beruf auf jeden Fall oder wahrscheinlich weiterempfehlen.

Der Begriff Seiteneinstieg wird in den Ländern unterschiedlich verwandt. In Rheinland-Pfalz wird zwischen Quer- und Seiteneinstieg unterschieden. Diese Einstellungsmöglichkeiten bestehen nur dann, wenn in besonderen Bedarfsfächern nicht genügend voll ausgebildete Bewerberinnen und Bewerber zur Verfügung stehen. 33 % der befragten Schulleiterinnen und Schulleiter geben an, „dass an ihrer Schule derzeit Personen beschäftigt sind, die keine vorhergehende Lehramtsqualifikation erworben hatten". Diese Personen werden in der Umfrage zwar als „Seiteneinsteiger" bezeichnet, darunter fallen laut Fragestellung aber auch befristet beschäftigte Personen im Rahmen von Vertretungsverträgen, bei denen es sich jedoch nicht um Seiteneinsteiger nach rheinland-pfälzischem Verständnis handelt.

In Rheinland-Pfalz gibt es das Seiteneinsteigerprogramm seit dem Schuljahr 2001/2002. In den ersten beiden Jahren danach wurden insgesamt 71 Lehrkräfte für Bedarfsfächer gewonnen. In den letzten Jahren liegt die Zahl der Absolventinnen und Absolventen allerdings deutlich unter zehn. So wurden im Schuljahr 2016/2017 vier Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger in berufsbildenden Schulen und jeweils eine Seiteneinsteigerin bzw. ein Seiteneinsteiger in Integrierten Gesamtschulen und Gymnasien eingestellt. Zu Beginn des aktuellen Schuljahres 2018/2019 wurden an allen allgemeinbildenden Schulen zwei Seiteneinsteiger eingestellt – beide im Fach Kunst an Integrierten Gesamtschulen – und befinden sich in Ausbildung. In Bereich der berufsbildenden Schulen haben sechs Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger die Ausbildung begonnen.

Insbesondere für Bedarfsfächer an berufsbildenden Schulen ist dieser Personenkreis von großer Bedeutung, zumal sie auch ihre berufliche Erfahrung in die Schule mitbringen. Im Bereich der allgemeinbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz spielen Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger – anders als in anderen Ländern – faktisch keine Rolle.

Beim Seiteneinsteigerprogramm in Rheinland-Pfalz wurde von Anfang an großen Wert auf eine intensive Ausbildung gelegt: Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger erwerben vor dem ersten unterrichtlichen Einsatz pädagogische, bildungswissenschaftliche und fachdidaktische Kompetenzen und werden damit umfassend auf die Unterrichtspraxis vorbereitet. Diese Intensivphase während der Ausbildung umfasst in der Regel sechs Wochen. In den Schulen werden die Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger von Mentorinnen und Mentoren eng begleitet, so dass sich in der gesamten

Ausbildung Phasen angeleiteten Unterrichts mit Unterrichtshospitation und eigenverantwortlichem Unterricht abwechseln.

Während der gesamten 24-monatigen pädagogischen Zusatzausbildung werden die Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger kontinuierlich von Fachleiterinnen und Fachleitern der jeweiligen Fächer sowie der Berufspraxis ausgebildet. Ferner erhalten sie nach Unterrichtsbesuchen sowie in regelmäßigen Gesprächen mit allen an der Ausbildung Beteiligten eine ausführliche Beratung. Zudem stehen die Schulleiterinnen und Schulleiter als Ansprechpersonen in den Schulen zur Verfügung und begleiten die Ausbildung. Es ist demnach keinesfalls so, dass Seiteneinsteigerinnen oder Seiteneinsteiger ohne entsprechende Qualifikation in der Schule eingesetzt werden. Sie sind gut ausgebildet, werden in der Regel nach Abschluss der Ausbildung verbeamtet und leisten hervorragende Arbeit in den Schulen.

In Rheinland-Pfalz sehen 46 % der Befragten im Hinblick auf neue Herausforderungen im Schulbereich – genannt werden in der Umfrage „Inklusion, Integration oder andere Entwicklungen" – Mehrbelastungen, bundesweit sind es 56 %. Das zeigt, dass die in Rheinland-Pfalz in den letzten Jahren getroffenen Maßnahmen, z. B. bei der Unterstützung der Schulen im inklusiven Unterricht oder der Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund und Fluchterfahrung in den Schulen, Wirkung zeigen. Gleichwohl müssen diese sowie auch andere Themen weiter verfolgt werden. Das gilt für die Ressourcenfrage ebenso wie für die Lehrkräfteaus-, -fort- und -weiterbildung sowie für die fachliche Unterstützung durch das Pädagogische Landesinstitut und die Förder- und Beratungszentren.

Zu diesen Themen steht das Ministerium für Bildung in einem intensiven Austausch mit den Personalvertretungen, Verbänden und Eltern, z. B. in schulartbezogenen Arbeitsgruppen zur Weiterentwicklung des inklusiven Unterrichts oder durch das Maßnahmenpaket im Grundschulbereich als Konsequenz der IQB-Studie.

Das Ministerium für Bildung wird die einzelnen Ergebnisse der forsa-Befragung einer gründlichen Analyse unterziehen, deren Ergebnisse mit den Betroffenen besprechen um dort, wo es notwendig erscheint, weitere Verbesserungen zu erzielen.

Dr. Stefanie Hubig